

Protest gegen gestärkte Gesamtschulen

Eltern und Lehrer fürchten durch neues Schulgesetz um die Existenz von Gymnasien und Realschulen

VON PETER MLODOCH

HANNOVER. Die ersten 3000 Unterschriften für die erst Tags zuvor eingerichtete Online-Petition sind gesammelt, andere Aktionen gegen das neue rot-grüne Schulgesetz in Niedersachsen sollen folgen. „Wir werden einen ganz langen Atem haben“, erklärte der Vorsitzende des Philologenverbandes, Horst Audritz, gestern in Hannover.

„Wir wehren uns mit allen Mitteln“, kündigte auch die Geschäftsführerin des Verbandes der Elternräte der Gymnasien, Petra Wiedenroth, an. Ihre Sorge: Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) bevorzuge die Gesamtschulen und wolle den Gymnasien dadurch mittelfristig den Garaus machen.

Rot-Grün bestreitet das. Die am Vortag vom Kabinett beschlossene Schulgesetznovelle sieht allerdings neben einer Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren auch eine Stärkung der Gesamtschulen als „ersetzende Schulform“ vor.

Diese können künftig auch anstelle von Haupt-, Real- und Oberschulen errichtet werden. Bisher ist dies nur als Zu-

satzangebot möglich. Für Gymnasien gibt es aber eine Einschränkung: Deren Besuch müsse „unter zumutbaren Bedingungen gewährleistet bleiben“, heißt es in Paragraf 106 des Entwurfs. In der Lesart der Ministerin ist dies noch bei 75 Minuten Wege- und Wartezeit pro Strecke erfüllt.

Für Philologen und Elternräte ist dies nichts anderes als eine rot-grüne Nebelkerze. Der vermeintliche Schutz für

die Gymnasien gelte schließlich nur bei der „Errichtung“ einer neuen Gesamtschule, warnen die Verbände. Spätestens nach einem Jahr Betrieb könne man dann doch das Gymnasium schließen.

Schwächung der Schulform

Eine bewusste Schwächung dieser Schulform sehen Audritz und Wiedenroth auch in der Abschaffung der Laufbahnpflicht nach der 4.

Klasse und in höheren Hürden für eine Abschulung nach zweimaligem Sitzenbleiben in den ersten beiden Gymnasialjahren. Dies führe wie das Streichen von Klausuren zu einer stetigen Absenkung des Leistungs- und Unterrichtsniveaus an den Gymnasien.

Verdächtig ist den Verbänden schließlich das Vorhaben Heiligenstadts, dass Integrierte Gesamtschulen (IGS) künftig Verbände mit Grundschu-

len eingehen können: „Das dient nur dem Zweck, die Schüler nach der 4. Klasse nahtlos in die IGS zu schleusen, um auch auf diese Weise



Alles in einem: Ein neuer Schulgesetzentwurf stärkt die Gesamtschulen.

Foto. dpa

Kommentar

Unbegründete Sorgen

Lauthals warnen Lehrer und Elternräte an Gymnasien vor dem angeblichen Aus dieser Schulform. CDU und FDP sekundieren schrill, als stünde der Untergang des Abendlandes bevor. Die rot-grüne Landesregierung wolle Niedersachsen zum sozialistischen Einheitschulland herabstufen, lautet der Vorwurf.

Es ist richtig, dass SPD-Kultusministerin Frauke Heiligenstadt mit ihrem Gesetz die

Gesamtschulen stärkt und deren Gründung erleichtert. Ebenso richtig ist aber, dass sich die Gymnasien eines stetig wachsenden Zustroms erfreuen und längst zur mit Abstand beliebtesten Schulform aufgestiegen sind.

Rot-Grün kann es sich mit Blick auf künftige Wahlen deshalb gar nicht leisten, Eltern und Schüler zu verprellen, indem man den Garaus der Gymnasien einläutet. Echte Sorgen um ihre Existenz



Peter Mloch über den Streit um Gesamtschulen

müssten sich eigentlich kleinere Haupt-, Real- und Oberschulen wegen der von der rot-grünen Koalition angestrebten 50 neuen Gesamtschulen machen. Doch Proteste dagegen sind kaum zu vernennen.

nachrichten@hna.de

die umliegenden Gymnasien auszutrocknen.“ Audritz gibt sich kämpferisch: „Einer solchen zukunftsfeindlichen und unsozialen Schulpolitik werden wir gemeinsam mit allen Kräften entgegen treten.“ Er kritisierte außerdem, dass das Gesetz auf die schrittweise Beseitigung eines leistungsfähigen Schulwesens ziele.

Die Landesregierung hatte das Schulgesetz am Dienstag beschlossen, es muss nun noch durch den Landtag.